

Ministerlob für Kreis: Vorbild im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit

„Es ist ein Alleinstellungsmerkmal“, sagt Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann und lobt damit das Engagement, mit dem sich der Kreis und vor allem das Jobcenter für die Rückkehr von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung ins Zeug legt.

Über das von der alten Bundesregierung aufgelegte, aber Ende 2018 auslaufende Programm zur sozialen Teilhabe haben in der Region sage und schreibe 700 Menschen den Weg zurück ins Arbeitsleben gefunden, und zwar mit allem, was dazugehört: geregeltes Leben, eigenes Geld, zurückgewonnene Selbstachtung.

Zugang zu sozialer Beschäftigung soll erschwert werden

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Kreis bei neuen Bundesregelungen nicht hinten rüberfällt“, verspricht NRW-Minister Laumann nach einem Gespräch mit Landrat Michael Makiolla. Laumann bezieht sich damit auf den Plan der Bundesregierung, die Voraussetzungen für den Zugang zu sozialer Beschäftigung zu verschärfen. Sieben Jahre sollen es künftig sein, vier sind es derzeit.

Damit würde ein Großteil der Menschen, die aktuell über das Förderprogramm soziale Teilhabe eine Beschäftigung gefunden haben, 2019 aus dem Netz fallen. Engagement vor Ort dürfe aber nicht bestraft werden, macht Minister Laumann klar: „Deshalb müssen Anschlussregelungen gefunden werden, die der Situation vor Ort gerecht werden.“

Richtige Instrumente im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Da, wo es mehr Langzeitarbeitslose gäbe, müssten auch die Instrumente und Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen, um entschlossen und erfolgreich gegenzusteuern. „Alle über einen Kamm“ könne da schon zu Ungerechtigkeiten führen, betont der Minister mit Blick auf bundesweit durchaus unterschiedliche Betroffenheiten.

„Im Ruhrgebiet gibt es mehr Arbeitslosigkeit als in Bayern. Also muss hier auch mehr gefördert und getan werden“, meint Laumann. Vor allem gehe es darum, wieder Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Konkrete Zahlen für den Kreis hatte Landrat Michael Makiolla parat: Fast 15.000 Menschen waren im Juni arbeitslos gemeldet (Arbeitslosenquote: 7,1 Prozent), fast 6.000 davon sind Langzeitarbeitslose.

Mehr dauerhafte Beschäftigung in sozialen Arbeitsmärkten hätte auch einen nicht zu unterschätzenden Nebeneffekt. Die eingesparten Kosten der Unterkunft könnten mit den Löhnen verrechnet werden – mindestens ein erfreuliches Null-Summen-Spiel für den Kreishaushalt. PK | PKU